

BÜCHER ÜBER ISRAEL

Ludwig Watzal

Israel und die Palästinenser in zwölf Büchern des Jahres 2002

Der Nahe Osten kommt nicht zur Ruhe. Gewalt und Gegengewalt beherrschen das Leben sowohl der Israelis als auch der Palästinenser. Das Scheitern der Camp David-Verhandlungen zwischen Ehud Barak und Yassir Arafat unter Aufsicht des US-Präsidenten Bill Clinton hat dem Friedensprozesses endgültig den Garaus gemacht. Kurze Zeit später, am 29. September 2000, brach die Al-Aqsa-Intifada aus. Ursache war der Besuch Ariel Sharons auf dem Haram al-Sharif (Tempelberg). Seither regiert im Nahen Osten die nackte Gewalt. Diese Entwicklung hat zu einer Flut von Publikationen über den Nahostkonflikt geführt, die von unterschiedlicher Qualität sind.

Erstmalig liegt nun der Nahostkonflikt aus der Sicht der Palästinenser in einem Bildband vor. Der mit vielen Preisen ausgezeichnete Fotojournalist Kai Wiedenhöfer hat in den letzten zehn Jahren überwiegend in Palästina gearbeitet und gelebt. Er lernte Arabisch und schon bald nannten ihn die Palästinenser *Habib al-Schaab*, „Freund des Volkes“. Neben den örtlichen Verkehrsmitteln diente ihm sein Motorrad als Fortbewegungsmittel, auf dem das Landeswappen Baden-Württembergs angebracht war, wo er 1966 geboren wurde. Dieser Ausweis von Neutralität bewahrte ihn vor mancher Schikane an den israelischen Militärkontrollpunkten, aber es trug auch zu seiner Berühmtheit im Gaza-Streifen und der Westbank bei. „Das Motorrad ist für mich eine Insel inmitten all des Elends und der Stumpfsinnigkeit.“

Wiedenhöfers Bilder dokumentieren überzeugend, wie sich das Leben unter israelischer Besatzung ab-

■ Kai Wiedenhöfer,
Perfect Peace. Die Palästinenser von Intifada zu Intifada, Steidl, Göttingen 2003, ISBN 3-99243-814-2, 175 Seiten, 42 €.

spielt. Die Fotos sind thematisch angeordnet und drehen sich um Besatzung, Widerstand, Märtyrer, Abzug, Kinder, tägliches Leben, Siedler und palästinensische Autonomie. Die Schwarz-Weiß-Fotos sind beeindruckende Dokumente eines Konfliktes, der sich bereits über hundert Jahre hinzieht und schier endlos zu sein scheint. Obwohl Wiedenhöfer nicht über die „emotionale Distanz“ verfügt, gereicht dies seinen Fotos nicht zum Nachteil. Die „Distanzlosigkeit“ lässt auch den Betrachter den Konflikt hautnah erleben, ja sie berührt ihn emotional.

Ähnlich berührt den Leser der Erlebnisbericht der israelischen Journalistin Amira Hass, die einige Jahre in Gaza-Stadt unter Palästinensern gelebt und gearbeitet hat. Sie wollte Gaza durch die Augen seiner Bewohner und nicht durch die Windschutzscheibe eines Armeejeeps kennen lernen. „Den meisten Israelis kam mein Entschluss absurd, ja wahnsinnig vor, denn sie waren überzeugt, dass ich mein Leben aufs Spiel setzte.“ Hass lehnte schon immer die israelische Dämonisierung der Palästinenser ab. Für viele Israelis sind die Palästinenser „primitiv, gewalttätig und den Juden gegenüber feindlich gesinnt“. Dieses Klischee will die Journalistin der angesehenen Tageszeitung *Ha áretz* bei ihren Landsleuten bis heute erschüttern. Das andere Motiv liegt in ihrer Herkunft begründet. Ihre Eltern stammten aus Rumänien und haben den Terror des Nazi-Regimes überlebt. Sie rebellierten gegen jede Form von Ungerechtigkeit und ordneten sich dem linken Spektrum zu; darüber hinaus waren sie antizionistisch. Ihre Lebensgeschichte war durch Widerstand gegen jede Ungerechtigkeit, offene Meinungsäußerung und Gegenwehr geprägt; sie bilden das Vermächtnis für Amira Hass. Nicht Abenteuerlust war das Motiv, um nach Gaza zu ziehen, sondern die Angst, „zu einem tatenlosen Zuschauer zu werden“. Es ist dieser einmalige, autobiographische Hintergrund gewesen, welcher der Autorin den Weg nach Gaza gewiesen hat.

In ihrem Buch dokumentiert Hass den Alltag der Menschen im Gaza-Streifen. Zu der Zeit, als sie dieses Buch schrieb, waren die Umstände verglichen mit heute noch „optimal“. Sie kritisiert sowohl das israelische Besatzungsregime als auch die Selbstherrlichkeit von Arafats Autonomiebehörde und deren schamlose Privilegien, die aber nur von Israel gelie-

■ Amira Hass, *Gaza. Tage und Nächte in einem besetzten Land*. C. H. Beck, München 2003, ISBN 3-406-50203-2, 410 Seiten, 24,90 €.

hen sind. Das Leben im „Gefängnis von Gaza“ ist mehr als bedrückend. Die Autorin gehörte zu den ersten, welche die Logik des Friedensprozesses durchschauten und als Mythos entlarvten. Für Hass ist die Besetzung ursächlich für die Verzweiflung und Hoffnungslosigkeit der Palästinenser, die einige von ihnen zu Verzweiflungstaten treibt und zu Selbstmordattentätern werden lässt. Nicht die Gewalt sei Ursache des Terrors, sondern die israelische Besetzung; diese Botschaft will Amira Hass auch ihrem deutschen Publikum vermitteln, und dies ist auch bitter nötig. Ein überaus lesenwertes Buch, das die menschliche Seite des Nahostkonflikts wieder in Erinnerung ruft.

■ Irit Neidhardt (Hrsg.),
Mit dem Konflikt leben!?
Berichte und Analysen von
Linken aus Israel und Palästina, Unrast-Verlag, Münster
2003, ISBN 3-89771-010-2,
167 Seiten, 14 €.

In dem Sammelband von Irit Neidhardt, Politik- und Kulturwissenschaftlerin, berichten linke Israelis und Palästinenser im ersten Teil, wie sich ihr Alltag durch den sogenannten Friedensprozess verändert hat. Fragen der Identität beider Bevölkerungsgruppen durchziehen den zweiten Teil des Bandes. So rückt der palästinensische Filmemacher Subhi al-Zobaidi einige Fakten zurecht, die innerhalb der westeuropäisch-amerikanischen politischen Elite durcheinander geraten sind: Sie sehe die ganze Krise als „palästinensische Gewalt“, als „hysterische, verrückte, wilde, zusammenhanglose Gewalt, ohne Grund und Sinn.“ Die Besetzung sei aber ursächlich für die Gewalt und nicht der Widerstand der Palästinenser.

Herausragend ist der Beitrag von Ella Habiba Shohat, Professorin für Kultur und Frauenstudien an der New York University, über die Mizrahim (orientalische oder arabische Juden) als „jüdische Opfer“ des Zionismus. Der Zionismus war von seinem Selbstverständnis her eine Befreiungsbewegung für alle Juden. Die Autorin behauptet, dass dies aber nur für die europäischen Juden zugefallen habe. Zu Beginn der Besiedelung Palästinas seien viele Mizrahim nach Israel gebracht worden, und sie wurden dann „systematisch diskriminiert, und dies konsequent zum Nutzen der europäischen und zum Schaden der orientalischen Juden“. Zwischen den Mizrahim und den Arabern wurde von Seiten der europäischen Juden bewusst eine feindselige Haltung aufgebaut. Für Shohat hat der europäische Zionismus „Betrug an den Mizrahim begangen, ein kulturelles Massaker großen Ausmaßes.“ Das Kapitel „Mizrahim“ gehört zu den

dunklen der ansonsten erfolgreichen israelischen Geschichte.

Bei der Ansammlung von linken Israelis stellt sich insbesondere nach den jüngsten Wahlen die Frage, für wen diese noch sprechen. Sie stehen für eine Minderheit und repräsentieren inzwischen schon gar nicht den Konsens in Israel. Wird hier nicht ein Israelbild vermittelt, das mit der Realität nur noch bedingt übereinstimmt?

Diesen Vorwurf könnte man auch gegenüber dem Buch von Tanya Reinhart, Professorin für Linguistik an der Universität von Tel Aviv, erheben. Die Autorin geht mit ihrer eigenen Regierung überaus kritisch um. Anhand israelischer Presseberichte und israelischer Armee- und Regierungsdokumente analysiert die Autorin in zehn Kapiteln die Entwicklung im Nahen Osten seit dem Scheitern der Verhandlungen von Camp David im Juli 2000. Für sie war der Oslo-Prozess, auch Friedensprozess genannt, ein „Täuschungsmanöver“. Reinhart zeigt auf, wo die Wurzeln der Krise in Israel und den besetzten palästinensischen Gebieten liegen. Für die Autorin unterscheiden sich sowohl die „rechten“ als auch die „linken“ israelischen Regierungen in ihrer Politik gegenüber den Palästinensern nur graduell. Dieses Faktum will die politische Klasse in Deutschland partout nicht zur Kenntnis nehmen.

Ihre These belegt Reinhart unter anderem mit der Rolle, die Ehud Barak während der Camp David-Verhandlungen gespielt hat. Sie entzaubert den Mythos von Camp David, der geschaffen worden ist, und dies anhand von israelischen Presseberichten und einer genauen Analyse offizieller Regierungsverlautbarungen. So beruhten Baraks Vorschläge in Camp David auf dem sogenannten Beilin-Abu-Mazen-Plan, einer Vereinbarung zwischen Yossi Beilin und Abu Mazen, nach der alle Siedlungen unangetastet bleiben sollten. Für die Autorin ist die Vereinbarung ein „Dokument der Schande“. Auch die Hauptstadt eines „Palästinenserstaates“ hätte aus dem Dorf Abu Dis am Rande von Ost-Jerusalem bestanden, das die Palästinenser dann Al-Quds hätten nennen können. Dies war ebenfalls bereits im Beilin-Abu-Mazen-Plan vorgesehen. Ein Staat für die Palästinenser hätte nach Reinhart 42 Prozent umfasst. Mehr wollte auch Barak letztendlich nicht zugestehen. Auch Minister-

■ Tanya Reinhart,
„Operation Dornenfeld“.
*Der Israel-Palästina-Konflikt:
Gerechter Frieden oder end-
loser Krieg*, aus dem Engli-
schen von Michael Schiff-
mann, Atlantik-Verlag,
Bremen 2002, ISBN
3-926529-37-7, 203 Seiten,
14 €.

präsident Sharons „Friedensplan“ sieht sieben „Kantone“ vor, die durch „Tunnels“ oder „Hochstraßen“ verbunden sein sollen; auch sie umfassen nicht mehr als 42 Prozent des besetzten Gebietes. Im Augenblick baut Israel eine acht Meter hohe Mauer (!) um die Westbank; dagegen war die Berliner Mauer ein Schmuckstück.

Die Autorin hebt einen wichtigen Sachverhalt hervor: Erstmals sei in Camp David von Seiten Israels der Anspruch auf den Tempelberg erhoben worden. Bisher zielte aber die Politik aller israelischen Regierungen darauf ab, die religiöse Bedeutung des Tempelberges herunterzuspielen. Man habe der „Westmauer“ immer religiöse Bedeutung zugesprochen, obwohl sie in der Mishna nicht erwähnt ist, sondern dort nur vom „Tempelberg“ gesprochen werde.

Sharon verkündete im Dezember 2001 unverblümt, dass der Friedensprozess ein „historischer Fehler“ gewesen sei. Die Autorin weist nach, dass die Pläne zum „Sturz Arafats und der Palästinensischen Autonomiebehörde“ nicht von Sharon, sondern von Ehud Barak stammten; „Operation Dornenfeld“ lag bereits im Oktober 2000 vor, noch bevor die Autonomiebehörde zum „Terror“ überging! Der Plan wurde von „Baraks Berater Danny Yatom erstellt“. Die Dämonisierung Arafats als Komplize des Terrorismus ist unter anderem auch der Konkurrenz der verschiedenen israelischen Geheimdienste geschuldet. Der augenblickliche Generalstabschef Moshe Ya'alon und damalige Chef des militärischen Geheimdienstes Amán vertrat seit 1997 die These „vom grünen Licht für den Terror“ durch Arafat, wie die Autorin nachweist. Ya'alon war es auch, der von den Palästinensern als einem „Kebsgeschwür“ sprach, das man augenblicklich durch „Chemotherapie“ bekämpft; man könne aber auch „Amputationen“ vornehmen.

Reinhart analysiert detailliert die Politik Sharons, der die Auseinandersetzung zwischen Israel und den Palästinensern als die „zweite Hälfte von 1948“ bezeichnet hat. Was die Autorin in den anderen Kapiteln offen legt, ist für die Sharon-Regierung wenig schmeichelhaft, um es gelinde auszudrücken. Letztlich könne nur ein Ende der Besatzung Frieden bringen, dazu ist die Sharon-Regierung aber nicht bereit, da sie auch die entlegensten Siedlungen im Gaza-Streifen und der Westbank nicht auflösen will. Ein

Rückzug aus den besetzten Gebieten sollte im primären Interesse Israels liegen. Ein überaus kritisches Buch zur Politik Israels, dem man aber etwas mehr Selbstkritik gewünscht hätte. Für die deutsche Öffentlichkeit und die politische Klasse allemal eine Pflichtlektüre.

Diese Empfehlung trifft auch für das Buch von Alain Gresh, Chefredakteur der renommierten Monatszeitung *Le Monde diplomatique*, zu. Er hat eine kurze, aber sehr prägnante Geschichte des Nahostkonfliktes vorgelegt. Sie besticht durch die Konzentration auf das Wesentlichste und ist stark historisch geprägt. Das Buch handelt von der Entstehung des Konfliktes, von Judentum und Zionismus, der Staatsgründung Israels und dem Untergang Palästinas, dem Völkermord und dem Leiden des Anderen sowie der Besatzungspolitik Israels und dem Scheitern des sogenannten Friedensprozesses. Der seit über 100 Jahren schwelende älteste Regionalkonflikt zwischen Palästinensern und Israelis wurde in den letzten zwei Jahren durch einige besonders brutale Kapitel ergänzt.

Der Autor gehört zu einer Spezies, die in den sechziger Jahren, der Zeit der Entkolonisierungsbewegungen, sozialisiert wurde und für die Solidarität mit den „Verdammten dieser Erde“ kein Fremdwort ist. Im Einleitungskapitel, das in Form eines sehr persönlichen Briefs an seine Tochter abgefasst ist, gibt er Einblicke in seine Weltanschauung: Weder Herkunft noch Religion spielten irgendeine Rolle. Man verstand sich als integraler Bestandteil der Menschheit, „Rassenzuschreibungen“ waren verpönt, nationale Zugehörigkeit perdu. Gresh versteht sich als Atheist, respektiert aber die Gläubigen.

Die Ausführungen des Autors sind stark von der französischen Debatte zum Nahostkonflikt und zum Antisemitismus geprägt. Dies ist jedoch kein Nachteil, da besonders die politische Elite in Deutschland und den USA davon profitieren könnte. Diese Debatte „scheint tatsächlich alle Wertvorstellungen zu verwirren“. Sobald über diesen kleinen Fleck Erde diskutiert werde, änderten sich die Prinzipien und Wertvorstellungen. Herausragende Intellektuelle sträubten sich, wenn es um Palästina gehe, und sie legen oft zweierlei Maß an. Eine solche Doppelmoral lehnt Gresh ab. Er setzt sich intensiv mit den Holocaust-Leugnern á la Garaudy auseinander. Der Autor

■ Alain Gresh, *Israel-Palästina. Die Hintergründe eines unendlichen Konflikts*, aus dem Französischen von Bodo Schulze, Rotpunktverlag, Zürich 2002, ISBN 3-85869-245-x, 192 Seiten, 19,80 €.

lehnt jede Relativierung der Nazi-Verbrechen am europäischen Judentum ab: Die Leiden der Palästinenser lassen sich nicht mit der Shoah gleichsetzen, gleichwohl steht Gresh auf der Seite der unterdrückten Palästinenser.

Der Autor kritisiert die Besatzungspolitik Israels. Sie werde so unvergleichbar, weil die Besiedlung der besetzten Gebiete die Speerspitze der Strategie Israels sei. Der Bau der Umgehungsstraßen und die Verdopplung der Zahl der Siedler während des Friedensprozesses habe diesen ab absurdum geführt. Als einzige Waffe gegen die palästinensischen Terroranschläge wären „entschlossene Schritte zur Beendigung der Besatzung, zur Schaffung eines palästinensischen Staates“ nötig gewesen. Dazu sei auch Ehud Barak in Camp David nicht bereit gewesen. Gresh kritisiert scharf die brutale Unterdrückungspolitik Ariel Sharons. Sein Ziel sei nicht nur, die „Zwangsjacke der Osloer Abkommen loszuwerden“, und die „Zermalmung“ der Autonomiebehörde, sondern vielmehr „die Kapitulation der palästinensischen Bevölkerung, ihr Verzicht auf jede Art von Widerstand“.

Abgerundet wird diese Darstellung durch eine Zeittafel vom Ersten Weltkrieg bis zur zweiten Intifada sowie acht hervorragende Karten. Dieses Buch ist sehr gut geschrieben, was für Sachbücher nicht immer gilt. Eine ausgezeichnete Abhandlung, die jeder gelesen haben sollte.

Endlich, so könnte man sagen, wurde das Buch *Fateful Triangle* des renommierten Linguisten Noam Chomsky ins Deutsche übersetzt; es erschien erstmalig 1983. Das Buch ist ein Klassiker. Leider fiel die Hälfte der Originalausgabe Kürzungen zum Opfer, weil sich vier Kapitel zu sehr mit der amerikanischen Israel- und Nahostpolitik beschäftigten. Schade, denn sie hätten dem Leser tiefe Einsichten in die einseitige Pro-Israel-Politik der USA gegeben, die für das Verständnis der aktuellen Lage sehr erhellend gewesen wären. In Retrospektive gelesen, sind auch die verbliebenen fünf Kapitel von einer unglaublichen Aktualität. Die meisten Einschätzungen und Bewertungen des Autors haben auch nach 16 Jahren noch Bestand. Welches Sachbuch kann dies schon für sich in Anspruch nehmen? Chomskys antizionistische Haltung scheint ihn vor einer Israel-Verklärung bewahrt zu haben, wie sie insbesondere von liberalen

■ Noam Chomsky,
Offene Wunde Nahost.
Israel, die Palästinenser und
die US-Politik, Europa
Verlag, Hamburg 2002,
ISBN 3-203-76014-2,
352 Seiten, 19,90 €.

Kreisen in den USA betrieben wird. Der Autor, der am Massachusetts Institute of Technology lehrt, weist dieses Image als unzutreffend zurück.

Die 35-jährige Besatzungs- und Siedlungspolitik könne Israel nur deshalb aufrechterhalten, weil es von den USA zum großen Teil finanziert wird. „Dieses pro-israelische Engagement verhindert die Möglichkeit einer friedlichen Lösung des Nahostkonflikts und jegliche Anerkennung elementarer Rechte für die Palästinenser [...]. Das historisch einzigartige Bündnis zwischen den USA und Israel beruht auf der Einsicht, dass Israel ein ‚strategischer Aktivposten‘ ist, der zusammen mit den arabischen Fassadären im Golf und mit anderen regionalen Schutzherren der Familiendiktaturen die Ziele der USA im Nahen Osten (und anderenorts) umsetzt.“ Im Kapitel über die „Vorgeschichte des Nahost-Konfliktes“ entwirft Chomsky eine historische Sichtweise, die der gängigen historischen Narrative in Israel in zentralen Punkten widerspricht. So belegt der Autor, dass die zionistischen Politiker nie einen wirklichen Ausgleich mit der einheimischen arabischen Bevölkerung anstrebten und den Teilungsplan vom November 1947 nur aus taktischen Gründen akzeptiert hatten. Besonders deutlich erklärte dies David Ben-Gurion, der erste Ministerpräsident Israel, bereits 1947: „Wir werden einen Staat in den heutigen festgelegten Grenzen akzeptieren, aber die Grenzen der zionistischen Bestrebungen sind Sache des jüdischen Volks, und kein äußerer Faktor wird sie beeinflussen können [...]. Wenn wir durch die Gründung des Staates zu einer starken Macht geworden sind, werden wir die Teilung aufheben und uns auf ganz Palästina ausdehnen.“ Intern sprach Ben-Gurion Klartext: „Politisch sind wir die Aggressoren und sie verteidigen sich [...]. Das Land gehört ihnen, weil sie es bewohnen, wohingegen wir von draußen kommen und hier siedeln.“

Für Chomsky ist der Hauptverantwortliche für die ganze Misere im Nahen Osten die USA und an zweiter Stelle erst Israel. Beide bilden sie die „Verweigerungsfront“ gegenüber den Unterprivilegierten. „Im Hinblick auf die Palästinenser verfolgen Israel und die USA auch weiterhin das extreme Ausgrenzungsprogramm, das sie seit Anfang der siebziger Jahre betreiben.“ Diese Verweigerungshaltung wurde durch Präsident Richard Nixons Sicherheitsberater Henry

Kissinger in die US-Nahostpolitik eingeführt. Er bootete den damaligen Außenminister William Rogers aus, der einen Friedensplan im Dezember 1969 vorgelegt hatte, der dem internationalen Konsens entsprach, und nach dem Israel sich aus den besetzten Gebieten hätte zurückziehen müssen. Seit dieser Zeit wurde die ‚Groß-Israel-Position‘ praktische Politik der USA; sie gilt mit Modifikationen bis heute. Selbst der Reagan-Plan, der einen vorübergehenden israelischen Siedlungsstopp und für die Palästinenser nur eine Autonomie vorsah, wurde von Ministerpräsident Begin torpediert, indem dieser sein Siedlungsprogramm beschleunigte.

Für Chomsky ist es völlig klar, dass Israel das tut, was Washington will. Macht es sich da der Autor nicht zu einfach? Sind nicht die USA auch teilweise von Israel abhängig? Hatte nicht Netanyahu mit seiner renitenten Haltung mehrmals US-Präsident Clinton öffentlich düpiert? Sein Ziel war es, Israel vom amerikanischen Geldtropf langsam abzunabeln. Auch die Ministerpräsidenten Begin und Shamir reagierten auf US-amerikanischen Druck widerborstig und handelten gegen US-Interessen. Die Ministerpräsidenten der Arbeitspartei erweisen sich da viel konzilianter. Der Antrittsbesuch Ehud Baraks in den USA war ein großer Erfolg. Er war aber ein ebenso harter Verhandlungspartner für die Palästinenser, wie es Netanyahu war, von Ariel Sharon gar nicht zu reden. Durch seine ideologische Nähe zu George W. Bush hat Sharon enormen Einfluss auf die US-Politik gegenüber dem Irak.

Chomsky geht besonders mit der Berichterstattung der US-Medien ins Gericht. Jeder israelische Angriff, sei es im Libanon oder in den besetzten Gebieten, wird gerechtfertigt oder relativiert. Für das brutale Besatzungsregime und die zahllosen Menschenrechtsverletzungen in der Westbank und dem Gaza-Streifen wird um Verständnis geworben. Selbst das Massaker von Sabra und Shatila erfuhr in den amerikanischen Medien keine einhellige Verurteilung. Als bequemes Argument bietet sich der „palästinensische Terrorismus“ an. Dass es hier der Differenzierung bedarf, macht der Autor mehrmals deutlich. Chomsky ist aber weit entfernt von einer Rechtfertigung desselben. Wie denn die diversen Libanon-Abenteuer immer im Desaster für Israel ge-

endet haben. Ob es sich um Begin und Sharons Invasion „Frieden für Galiläa“, Rabins „Operation Verantwortlichkeit“ oder Peres' Aktion „Früchte des Zorns“ gehandelt hat, immer ging für Israel der Schuss nach hinten los. Die sogenannte Sicherheitszone hat das Leben von über 1000 israelischen Soldaten gekostet.

Im Westen werden Rabin und Peres als „Friedenspolitiker“ bezeichnet, die angeblich für einen Palästinenserstaat eingetreten sind. Dies trifft jedoch nicht zu. Die Unterschiede gegenüber den „Friedenspolitikern“ Netanyahu und Sharon sind nur kosmetischer Natur; dies wird im Westen geflissentlich übersehen. „Arbeiter- und Likudpartei streben gleichermaßen eine den südafrikanischen Bantustans vergleichbare Regelung an, ohne damit gegen die Bestimmungen von Oslo I oder II zu verstoßen.“ Chomsky macht im Kapitel „Washingtons ‚Friedensprozess‘“ auf die Widersprüche und Ungereimtheiten dieses Prozesses aufmerksam. Er war die Fortsetzung der Okkupation in anderem Gewand. In keinem der Abkommen sind die nationalen Rechte der Palästinenser erwähnt und sie bedeuten für sie eine Katastrophe. „Das Abkommen von Oslo II und seine Folgen stellen mithin einen weiteren Triumph der amerikanisch-israelischen Verweigerungshaltung dar, die sich zwar vom Rest der Welt isoliert, aber über die Waffen und andere Hebel der Macht verfügt. [...] Der Friedensprozess dient den Interessen seiner Architekten, während die Interessen der anderen höchstens eine Nebenrolle spielen.“

Erfrischend an Chomskys Ausführungen ist, dass er die historischen Verzerrungen, relativierenden Rechtfertigungen von Aktionen wie den Vandalismus der israelischen Armee in den besetzten Gebieten, die nicht zu rechtfertigen sind, und anscheinend bewussten Desinformationen nicht nur beim Namen nennt, sondern auch mit zahlreichen Belegen untermauert. Die Diskrepanz zwischen Friedensrhetorik und Realpolitik könnte nicht deutlicher zu Tage treten als im nahöstlichen Machtpoker. Wenn dem Autor eines gelungen ist, dann ist es die Lüftung des Schleiers, der sich um die Mythen des Nahostkonfliktes gelegt hat. Dass die Hegemonialmacht USA und Israel dabei in die Kritik geraten, liegt in deren Politik begründet. Das Buch ist ein besonders guter Ratgeber für Politi-

■ Norman G. Finkelstein, *Der Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern. Mythos und Realität*, Diederichs, München 2002, ISBN 3-7205-2368-3, 400 Seiten, 23 €.

ker und politische Analytiker, denen es zu oft an einer realistischen Bewertung Israels mangelt: Sei es aus historischen Gründen wie in Deutschland, sei es aus politischer Einseitigkeit wie in den USA. Chomsky hat eine erstrangige Analyse einer der großen Tragödien nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs vorgelegt. Für jeden Nahost-Interessierten ein Muss.

Der Nahostkonflikt kommt nicht aus den Schlagzeilen. Dazu wird auch das Buch des Politikwissenschaftlers Norman G. Finkelstein beitragen. Er ist in Deutschland kein Unbekannter. Finkelstein hat nicht nur *Hitlers willige Vollstrecker* seines Kollegen Daniel J. Goldhagen, das hierzulande überschwänglich aufgenommen worden ist, als wissenschaftlich „wertlos“ charakterisiert, sondern auch den amerikanisch-jüdischen Interessenvertretern vorgeworfen, sie hätten aus dem Holocaust-Gedenken eine „Holocaust-Industrie“ gemacht und instrumentalisierten das Andenken an die Opfer für ihre eigenen politischen Zwecke. Beide Bücher haben nicht nur in Deutschland einen Sturm der Entrüstung hervorgerufen. Die Abneigung, welche die jüdische Kommunität in den USA Finkelstein entgegenbringt, beruht jedoch auf dem vorliegenden Buch.

Die Inspiration für diese Arbeit erhielt der Autor durch die Debatte zwischen Michael Walzer und Noam Chomsky, die um die Frage kreiste, ob ein jüdischer Staat auch ein demokratischer sein könne. Finkelstein vertritt die These, dass der Zionismus eine Art romantischer Nationalismus und mit den liberalen Werten unvereinbar sei. Von seiner ideologischen Grundierung her muss dem Autor der Zionismus als reaktionär und kolonialistisch erscheinen, da Finkelstein sich der trotzkistischen Richtung des Marxismus verpflichtet fühlt. Folglich sieht er den Nahostkonflikt auch stark durch ökonomisch-imperialistische Interessen der USA bestimmt, die an seiner dauerhaften Fortsetzung ein politisches Interesse hätten.

Kritisch steht Finkelstein auch der offiziellen israelischen Geschichtsdeutung gegenüber. Der Mythos vom „jungfräulichen Land“ oder der „Wildnis“, der auch in anderen ideologischen Konzeptionen wie bei der Besiedelung des Westens der USA oder bei der Nazibesiedelung Osteuropas eine Rolle gespielt hat, fand auch im Slogan „Ein Land ohne Volk für ein Volk ohne Land“ seine Instrumentalisierung. Der

Autor versucht immer wieder, Parallelen zwischen der Vernichtung und Ghettoisierung der Indianer in den USA, der israelischen Politik einer Vertreibung der Palästinenser aus ihrer Heimat und der Vernichtungspolitik der Nazis gegenüber dem europäischen Judentum und gegenüber den Völkern Osteuropa zu ziehen. Diese Vergleiche hinken nicht nur, sondern lassen Zweifel an der Seriosität Finkelsteins aufkommen. Sie gehören zu den unappetitlichen Passagen des ansonsten wichtigen Buches.

Obwohl der Zionismus einen historischen Anspruch auf Palästina erhebt, behauptet der Autor, dass dieser weder „historisch noch ein Recht“ war. Historisch sei er nicht gewesen, weil er sowohl zweitausend Jahre nicht-jüdischer Besiedelung Palästinas als auch zweitausend Jahre jüdischen Lebens außerhalb Palästinas nicht berücksichtigt. Ein Recht habe ebenso wenig bestanden außer in der romantischen „Mystik“ von „Blut und Boden“ und der romantischen „Verehrung“ der „Toten, der Helden und der Gräber“, wie es die Historikerin Anita Shapira in ihrem Buch *Land and Power* beschrieben habe, das der Autor ebenfalls einer Kritik unterzieht. Ebenso wird der Mythos der „Selbstverteidigung“ von Finkelstein zurückgewiesen. Selbst die Ansicht des kritischen Historikers Benny Morris, dass das palästinensische Flüchtlingsproblem aufgrund des Krieges von 1948 entstanden sei und nicht geplant war, bezweifelt der Autor. Er führt sodann einige Beispiele an, die zeigen, dass die arabische Bevölkerung Palästinas auf Befehl der israelischen Armee vertrieben worden sei.

Den Sechstagekrieg vom Juni 1967 umgibt eine mythische Aura: David gegen Goliath, sprich: Das kleine Israel sei von arabischen Armeen in seiner Existenz bedroht gewesen. Finkelstein führt israelische Militärs und Politiker als Kronzeugen an wie General Mattityahu Peled, einen der Architekten des Juni-Krieges. Dieser behauptete, dass der bevorstehende Untergang Israels ein „Bluff“ gewesen sei und fügte hinzu, „trotz aller erfundenen Geschichten, Israel befände sich ‚in einem verzweifelten Kampf um die Existenz und kann jeden Augenblick ausgelöscht werden‘, hätte in Wahrheit seit 1949 kein Land mehr eine tödliche Bedrohung für Israel dargestellt“. Dass Israel bei einem Angriff der arabischen Staaten siegen würde, galt auch nach US-amerikanischer Meinung

als ausgemacht. So war für den ehemaligen US-Verteidigungsminister Robert McNamara klar, dass Israel „ohne den Hauch eines Zweifels“ siegen würde.

Finkelstein versucht mit aller Macht, den Zionismus zu delegitimieren. Dabei kommt es jedoch zu Überzeichnungen, die sein Anliegen fragwürdig erscheinen lassen. Die Arbeit des an Universitäten in Chicago und New York City lehrenden Politikwissenschaftlers vermittelt aber ein völlig anderes Israelbild, als es in Deutschland gängig ist. Die Arbeit des Autors zeigt auch, dass eine solche Israel-kritische Sichtweise rational und wissenschaftlich begründet werden kann. Für das Verständnis des israelisch-arabischen Konflikts leistet das Buch einen wesentlichen Beitrag, obwohl dieser nicht zum Vorteil Israels ausfällt. Auf der Grundlage dieser wissenschaftlichen Arbeit sollte der bilaterale Konflikt neu bewertet und diskutiert werden.

Es ist immer verdienstvoll, wenn sich Deutsche für einen Frieden in Israel und Palästina einsetzen. So hat ein Herausgaberteam 14 israelischen Friedens- und Menschenrechtsgruppen die Gelegenheit gegeben, sich der deutschen Öffentlichkeit vorzustellen bzw. über ihre Erfahrungen mit den diversen israelischen Regierungen zu berichten. Es handelt sich dabei um Texte, die seit der Regierungsübernahme von Ariel Sharon entstanden sind. Zu diesen Gruppen gehören u. a. „Rabbis for Human Rights“, „Association for Civil Rights in Israel“, „B’Tselem“, „Frieden Jetzt“, „Gush Shalom“ und „Neve Shalom“. Im Vorwort schreibt Hubert Frankemölle, dass es sein Anliegen sei, ein einseitiges Bild Israels sowie des Nahostkonflikts in den Medien zu korrigieren: „Die israelische Seite wird in erster Linie als brutaler Täter dargestellt, die palästinensische überwiegend als bloßes Opfer.“ Dies ist ebenso falsch wie die Behauptung auf dem Klappentext, dass die Medien „voll von Bildern des Krieges in Israel“ seien. Hier werden die Tatsachen auf den Kopf gestellt: Nicht in Israel herrscht Krieg, sondern Israel führt gegen das palästinensische Volk in den besetzten Gebieten einen brutalen Unterdrückungskrieg. Die angegebene Literatur ist eher politisch-korrekten Kriterien geschuldet als dem Bedürfnis nach objektiver Information. Sieht man von dem problematischen Vorwort und dem Literaturverzeichnis ab, bietet das Buch trotzdem überaus nützlich-

■ Gregory Gerhard Baum/Hubert Frankemölle/Christoph Münz (Hrsg.), *Frieden für Israel. Israeli Peace-and Human-Rights-Groups in Israel*, Bonifatius/Lembeck, Paderborn-Frankfurt/M. 2002, ISBN 3-89710-228-5, 275 Seiten, 15,40 €.

che Informationen und gibt Einblicke in die Buntheit Israels.

In diesem Sammelband sind Autoren und Autorinnen aus Israel, Palästina und Deutschland versammelt, deren gemeinsames Anliegen eine Beendigung der Besetzung der palästinensischen Gebiete und die Solidarität mit allen denjenigen Kräften ist, die sich gegen eine Militarisierung im Nahen Osten und eine friedliche Lösung einsetzen. Die Autoren stehen für einen kritischen Umgang mit der Politik Israels und der Autonomiebehörde. In dem Buch werden die Friedenskräfte in Israel vorgestellt. Ein ganz besonderer Schwerpunkt bildet die Solidarität mit den Wehrdienstverweigerern in Israel. Wehrdienst gilt als patriotische Pflicht; Verweigerung als Verrat am israelischen Volk.

Eingeleitet wird das Sammelbändchen durch ein ausgezeichnetes Interview mit Moshe Zuckermann, Direktor des Instituts für deutsche Geschichte an der Universität Tel Aviv. Darin äußert sich Zuckermann kritisch zum Friedensprozess, über die politisch-religiöse Grundannahme des Zionismus, die innerisraelische Fragmentierung, die Militarisierung Israels, die Gründung eines palästinensischen Nationalstaates sowie die Frage, ob Kritik an Israel Antisemitismus sei. Wo der Antisemitismus sich als rassistisches Vorurteil äußert, muss er überall bekämpft werden, so der Autor. Für ihn ist es keine Frage, ob die deutsche Linke das Recht habe, Israel zu kritisieren, sondern in welcher Absicht dies geschehe. Wenn sich in der Kritik anti-emanzipative Elemente befinden und diese lediglich der Instrumentalisierung dienen, sei dies keine legitime Kritik.

Der palästinensische Filmemacher Subhi al-Zobaidi, der sich vehement gegen die Gewalt auf beiden Seiten ausspricht, berichtet von einem Erlebnis am Kalandia-Kontrollpunkt und von den Demütigungen, die Palästinenser über sich ergehen lassen müssen. „Liebe Israelis, ich sage euch, der Kalandia-Checkpoint [...] ist eine Fabrik für Selbstmordattentäter.“ Sie würden nicht in Moscheen oder warmen Wohnungen gemacht, sondern sind „das Produkt eurer Armee und der Politik eurer Regierung, welche unterschiedslos die ganze Bevölkerung bestraft.“

Neben den zahlreichen Beiträgen für eine Wehrdienstverweigerung befindet sich im Dossier der Ap-

■ Rudi Friedrich (Hrsg.),
*Gefangen zwischen Terror
und Krieg? Israel/Palästina:
Stimmen für Frieden und
Verständigung*, Trotzdem
Verlag, Grafenau 2002,
ISBN 3-931786-29-3,
145 Seiten, 12 €.

■ Jonathan Nitzan/
Shimshon Bichler, *The
Global Political Economy
of Israel*, Pluto, London
2002, ISBN 0-7453-1675-1,
407 Seiten, 19,90 Pfund.

pell zur Beendigung der Selbstmordattentate, ein offener Brief von Soldaten und Reservisten sowie ein offener Brief von Schülerinnen und Schülern. Eine kurze Chronologie, diverse Karten sowie Kontaktadressen runden dieses interessante Bändchen ab. Schade, dass die palästinensische Seite stark unterrepräsentiert ist. Trotzdem ein mutiges Unterfangen in Zeiten der Aufrüstung und der Kriegsgefahr.

Seit der Staatsgründung Israels hat sich das Land von einer landwirtschaftlichen Kolonie in einen Wohlfahrtsstaat verwandelt, der total in den Weltmarkt integriert ist, aber große Einkommensunterschiede aufweist. Jonathan Nitzan und Shimshon Bichler lehren Politische Ökonomie in Israel und den USA und warten mit provokanten Thesen zum Nahostkonflikt auf: Der Nahostkonflikt wird nicht auf den Straßen von Nablus oder in den Hütten des Flüchtlingslagers Jenin entschieden, sondern in den Führungsetagen der multinationalen Konzerne, in denen die Spitzen der Rüstungs- und Ölindustrie die Fäden gegen die Kritiker der Globalisierung ziehen. Diese These klingt auf den ersten Blick verschwörungstheoretisch, aber das Buch ist viel zu seriös, als dass man es mit diesem Vorwurf diskreditieren könnte.

Oberflächlich betrachtet, haben wir es im Nahen Osten mit der Huntington'schen Rhetorik eines „Zusammenstoßes der Kulturen“ zu tun, so die Autoren. Dieser drückt sich häufig in Klischees aus: „Jihad vs. McWorld“, „Islamischer Fundamentalismus vs. Markt“, „Fremdenfeindlicher Nationalismus vs. Neoliberalismus“ oder „Dritte Welt vs. Erste Welt“ aus. In jeder Verallgemeinerung steckt immer ein Korn Wahrheit, so gewiss auch in diesen. Neben den oberflächlichen Erklärungsmustern gibt es aber gewichtigere Gründe, welche die radikale Umkehr in den internationalen Beziehungen erklären: Für die Autoren liegen sie in der Natur der Kapitalakkumulation, den Besitzverhältnissen und den innerkapitalistischen Widersprüchen. Alles altbekannte marxistische Analysekatégorien.

In den Kapiteln „Kapital und Macht“, die „Geschichte der israelischen Machtstruktur“, die „Schaffung der Stagflation“, die „Waffendollar-Petrodollar-Koalition“ und „Vom Ausländischen Investor zum Transnationalen Besitzer“ wird die Entwicklung Isra-

els polit-ökonomisch gedeutet. Erstmals wurden diese Fragen gestellt und beantwortet. Um die kapitalistische Entwicklung zu verstehen, so eine These der Autoren, ist es notwendig, die künstliche Trennung zwischen Wirtschaft und Politik aufzuheben. Wie künstlich diese Allianz ist, zeigen die Autoren an der Entstehung der „Waffendollar-Petrodollar-Koalition“ zu Beginn der siebziger Jahre. Sie bestand aus den Öl-Gesellschaften, Waffenproduzenten und der OPEC und wurde von den USA und einigen europäischen Ländern unterstützt. Der zentrale Fokus dieser Allianz bestand in der „Energie- und Ölkrise“. Die Logik dieses Prozesses war einfach: Hohe Öleinnahmen brachten den Öl-Gesellschaften große Profite. Auch die OPEC-Länder profitierten davon und kauften von diesem Geld Waffen, um sich auf den nächsten Krieg vorzubereiten. Zu dieser Zeit gingen ein Drittel der Waffenexporte in den Nahen Osten.

Diese Koalition zerbrach 1990 mit dem Ende des Kalten Krieges und wurde durch die „Technodollar-Mergerdollar-Koalition“ ersetzt, die auf ziviler Technologiebasis gründete. Anstatt von „Kriegsprofiten“, Nationalismus und Konflikten sprach man jetzt von „Friedensdividende“, Auslandsinvestitionen und neuen Märkten. Diese neoliberale Koalition schien bis Ende 2000 auch äußerst erfolgreich. Ihre Profite stiegen auf 15 Prozent, wohingegen die Profite aus dem Öl- und Waffengeschäft nur drei Prozent ausmachten, so die Autoren. Die Politik des Friedensprozesses habe Erwartungen des transnationalen Liberalismus zunichte gemacht, weil man Arafat zum Chef von „Palustan“ und die 1967 besetzten Gebiete zu einem „Schweizer Käse“ gemacht habe, ohne politische und wirtschaftliche Souveränität, mit eingeschränkten Wasserrechten; belastend wirkten zudem der Fortbestand der Siedlungen und die totale Abhängigkeit von Israel. Hinzu kamen die innerisraelischen Probleme, insbesondere die demographischen. „Fast 40 Prozent der Bevölkerung hat entweder nur eingeschränkt oder gar keine Affinität zum zionistischen Projekt.“

Für die Autoren entscheiden nicht Ariel Sharon oder Yassir Arafat über die Zukunft des Nahostkonfliktes. Sie sind Rädchen in einem größeren Ganzen und verfügen nur über einen ihnen zugestandenen Handlungsspielraum. Nicht Persönlichkeit oder Ideologie sind die entscheidenden Faktoren, sondern

die globalen ökonomischen Verhältnisse. Als Sharon die Macht übernahm, lag die „New Economy“ bereits in ihren letzten Zügen. Der Ölpreis stieg von zehn US-Dollar 1999 auf 30 US-Dollar 2000. Die Technologiebörse Nasdaq erreichte Ende 2000 ihren Höhepunkt, und im Januar 2001 übernahm eine erzkonservative Elite die Macht in den USA, die sich aus Öl- und Waffenlobbyisten zusammensetzt. Für die Autoren ist der Nahostkonflikt ein Spielball der beiden sich widerstreitenden Machtkoalitionen. Sollte der Einfluss der Öl- und Waffenlobby obsiegen, dann könnte sich der Konflikt und die Gewalt als zerstörerisch für die Region entpuppen, so das Fazit der Autoren.

Auf den ersten Blick mag die Methode der marxistischen Analyse anachronistisch wirken, aber sie bietet ein völlig anderes Erklärungsmuster für einen Konflikt, der allgemein hin als ein Kampf um Land, Wasser, Ideologie oder Selbstbestimmung gedeutet wird. Die Autoren haben mit der vermeintlich irreführenden Terminologie, die diesen Konflikt dominiert, aufgeräumt und Israel als einen Dominostein im US-dominierten kapitalistischen System verortet. Der ganze Nahostkonflikt gerinnt zu bloßer Polit-Ökonomie; dies verleiht dem Buch teilweise jedoch kafkaeske Züge. Es sollte nicht nur von Ökonomen gelesen, sondern von allen an dieser Region Interessierten zur Kenntnis genommen werden.

■ Markus A. Weingardt,
Deutsche Israel- und Nahostpolitik. Die Geschichte einer Gratwanderung seit 1949, Campus, Frankfurt 2002, ISBN 3-593-37109-x, 504 Seiten, 49,90 €.

Endlich liegt eine erste Gesamtdarstellung der deutsch-israelischen Beziehungen in Form der Dissertation von Markus A. Weingardt vor. Er hat die Geschichte dieser besonderen Beziehungen minutiös und sehr detailliert nachgezeichnet. In zehn Kapiteln beschreibt er eine Gratwanderung, die von zahlreichen Turbulenzen gefährdet wurde. Zu diesen kam es, weil immer wieder mit der Vergangenheit unsensibel umgegangen wurde. Den roten Faden, der sich durch dieses Buch zieht, bilden die verschiedenen deutschen Regierungen, deren gemeinsames Charakteristikum die besondere Verantwortung und der Einsatz für die Existenz des Staates Israel ist.

Die ersten schwierigen Schritte in Richtung Aussöhnung wurden von Konrad Adenauer getan. Ein Glücksfall für die noch junge Bundesrepublik, dass auf israelischer Seite ein Politiker vom Format eines David Ben-Gurion Ministerpräsident war. Obwohl

Adenauer die deutsche Schuld bewusst war, benötigte die Bundesregierung über zwei Jahre, bis sie sich zu einem „offiziellen Bekenntnis von Schuld und Verantwortung“ durchringen konnte. Dies geschah jedoch nicht aus freien Stücken, sondern auf die „Ermutigung“ durch die drei hohen alliierten Kommissare hin. In dieser Erklärung war aber von konkreter Schuld nirgends die Rede. Israel wurde nur „als Hafen heimatlos gewordener Juden“ bezeichnet; dennoch akzeptierte Israel es als das geforderte Zeichen des Versöhnungswillens. Hätte es auf israelischer Seite nicht einen weitsichtigen Politiker wie Ben-Gurion gegeben, wäre eine Annäherung wesentlich komplizierter verlaufen. Die Adenauer-Regierung stand sich mit der Anwendung der „Hallstein-Doktrin“, dem deutschen Alleinvertretungsanspruch in den bilateralen Beziehungen, in ihrer Nahostpolitik oft selbst im Wege. „Der große Verlierer der Hallstein-Doktrin war Israel.“ Das Land wurde zum „Bittsteller“, und die Bundesregierung „diktierte die Bedingungen“, so der Autor. Adenauer und später sein Nachfolger Ludwig Erhard benutzen die deutsche Nahostpolitik, um Wirtschaftsbeziehungen und Reputation Deutschlands zu fördern. Realpolitische Überlegungen kamen vor moralischen Erwägungen.

Mit der sozial/liberalen Regierung unter Bundeskanzler Willy Brandt gab es ein Stück „Normalisierung“ in den bilateralen Beziehungen. Außenminister Walter Scheel sorgte mit seiner Behauptung, dass die Beziehungen zu Israel so normal wie zu jedem anderen Land seien, für erhebliche Irritationen in Israel. Bundeskanzler Brandt konnte diese Verstimmungen dadurch beenden, dass er von „normalen Beziehungen mit besonderem Charakter“ sprach. Zu erneuten Störungen kam es durch die Ölkrise 1973 und die Tatsache, dass die deutsche Nahostpolitik zusehends im europäischen Kontext betrieben wurde. Brandt genoss aufgrund seiner Vita in Israel höchstes Ansehen. Mit seinem Rücktritt ging auch in der „Israelpolitik eine Ära zu Ende“, so der Autor.

Zu erheblichen Störungen zwischen Israel und Deutschland kam es in der Regierungszeit von Bundeskanzler Helmut Schmidt. Der Kanzler war der erste, der sich für das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser einsetzte. Dafür wurde er von Israels Ministerpräsident Menachem Begin heftigst kriti-

siert. Bei beiden Politiker stimmte die politische Chemie überhaupt nicht. Weingardt betont, dass es in der Regierungszeit von Schmidt und Hans-Dietrich Genscher andere geschichtsträchtige Ereignisse wie das Camp David-Abkommen, die Annexion Ost-Jerusalems und der Golan-Höhen sowie den Libanonkrieg, der mit dem Massaker von Sabra und Shatila und dem Rücktritt von Verteidigungsminister Sharon und später auch von Ministerpräsident Begin endete, gegeben habe. Selbst diese schwierige Phase überstanden die bilateralen Beziehungen unbeschadet. Der Autor hebt besonders hervor, dass diese Ereignisse die Hemmschwelle der Israelkritik erheblich herabsenkten hätten.

Mit der Kanzlerschaft von Helmut Kohl trat Deutschland in eine Phase „neuer Normalität“ ein. Kohl benahm sich zu Beginn seiner Amtszeit etwas linkisch, sprach in Israel von „der Gnade der späten Geburt“. Nicht ganz zu Unrecht befürchtete die politische Klasse Israels eine Neuausrichtung deutscher Politik. Wie Weingardt aber darlegt, hatte Israel in Kanzler Kohl den besten Verbündeten in Europa. Er war es, der Israel zu seiner privilegierten Position in der EU verhalf. Kohl unterstützte auch kritiklos die US-amerikanische Nahostpolitik und sprach niemals vom Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser. Die von Kohl zur Schau getragene „demonstrative Normalität“ wurde von ihm in seiner politischen Wirkung „unterschätzt“. Kohl korrigierte sie umgehend durch ein Übermaß an Israelloyalität.

In der Regierungszeit von Bundeskanzler Gerhard Schröder sei Deutschland eine „erwachsene Republik“ geworden. Seine Nahostpolitik stand ganz im Zeichen von Kontinuität. Die rot/grüne Bundesregierung unterstützte den Friedensprozess vorbehaltlos. Außenminister Joschka Fischer agierte als Vermittler sowohl bilateral als auch im Rahmen der EU und der UNO nicht ganz ohne Erfolg. Einen eigenständigen Vermittlungsbeitrag wollte man bewusst nicht leisten. Fischer unterstützte die Politik aus historischer Einsicht vorbehaltlos, „was für einen Politiker der Grünen nicht selbstverständlich war“. In den deutsch-israelischen Beziehungen habe sich ein so enges Geflecht entwickelt, „dass ihr Bestand und ihre Qualität weitgehend unabhängig ist von gegenseitigen Verständnis der jeweiligen Regierungspolitiker. Zu

wichtig sind die Staaten und Regierungen füreinander, zu viel hat sich entwickelt, zu viel verbindet sie.“

Zählen die Kapitel der Politik der einzelnen Bundesregierungen zu den Stärken dieses Buches, ist die Darstellung des Friedensprozesses unzureichend. Zu affirmativ und völlig unkritisch wird das wiedergegeben, was von offizieller Seite verlautbart wird. Eine kontroverse Diskussion findet nicht statt. Auch der Diskurs über eine mögliche Kritik einiger Aspekte israelischer Politik, insbesondere gegenüber den Palästinensern, bleibt auf Persönlichkeiten beschränkt, welche die bekannten Standardargumente immer wieder vortragen. Ob diese nicht zu Ritualen erstarrt sind, stellt sich für den Autor gar nicht. Für Bundespräsident Johannes Rau wird das bilaterale Verhältnis „immer ein besonderes sein“. Daraus begründet man auch eine Zurückhaltung in der Kritik Israels.

Leider hat der Autor keine kritische Stimme aus Israel zitiert, wo es zahlreiche Persönlichkeiten gibt, die wesentlich Erhellenderes und Weitreichenderes zum deutsch-israelischen Verhältnis geschrieben haben. Sie warnen immer wieder vor einseitiger Instrumentalisierung des Holocausts von Seiten Israels, um dadurch jedwede Kritik an seiner Politik abzuwürgen. Diese Behauptung hätte intensiver behandelt werden müssen. Es gibt aber auch eine Instrumentalisierung auf deutscher Seite, die ebenfalls unberücksichtigt bleibt. Der Mangel an der Verarbeitung kritischer Literatur und der Auseinandersetzung mit kontroversen Thesen ist auch das Hauptmanko dieses ansonsten sehr nützlichen Buches.

Die Komplexität des Nahostkonfliktes erschließt sich dem Außenstehenden nur sehr lückenhaft, umso wichtiger ist deshalb eine kohärente Berichterstattung. Eine solche ist wegen des Zwanges zur Aktualität für Tageszeitungen nicht immer möglich. Kenneth Lewan, Professor emeritus für Politikwissenschaft, ist diesem Sachverhalt in der renommiertesten deutschen Tageszeitung, der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* (FAZ), nachgegangen. Die Kapitel befassen sich mit Camp David, der Al-Aqsa-Intifada, der Geschichte, den Terroranschlägen in den USA sowie der Rolle, welche die USA und Deutschland im Nahostkonflikt spielen. Wie seine Untersuchung zeigt, ziehen sich gravierende Meinungsverschiedenheiten und Differenzen über den Nahostkonflikt

■ Kenneth Lewan, *Die zweite Intifada. Zwiespalt in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung*, Fischer & Fischer, Frankfurt 2002, ISBN 3-89950-029-6, 160 Seiten, 16 €.

quer durch die Zeitungsredaktion. Bei der extremen Individualität der Redakteure ist dies nicht verwunderlich. Über die Berichterstattung zu den Camp David-Verhandlungen schreibt der Autor, dass die FAZ eine „Ansammlung von irreführenden Unbestimmtheiten“ verbreitet habe und die Äußerungen einiger FAZ-Mitarbeiter „sehr ungenau“ gewesen seien. Harte Urteile, die Lewan aber belegt. Was der Autor über das Verhalten von Teilen der deutschen politischen Eliten schreibt, wie er die Repräsentanten des Zentralrates der Juden in Deutschland beurteilt oder über Müllemann und die sogenannte Antisemitismusdebatte denkt, ist alles andere als politisch korrekt. Diese Studie ist sehr aktuell und überaus lesenswert. Ob die Ratschläge des Autors im deutschen Denken Früchte tragen werden, bleibt abzuwerten. Skepsis ist jedoch angebracht.